

École normale supérieure de Rennes

Concours Droit-économie

Admission en 1^{re} année

Session 2026

Épreuve de langue vivante étrangère

Durée : 4 heures

Aucun dictionnaire n'est autorisé

Ce document comporte les sujets des 4 langues proposées lors de l'inscription, à savoir :

- allemand (page 1 à 3)
- anglais (page 4 à 6)
- espagnol (page 7 à 9)
- italien (page 10 à 12)

Chaque candidat doit **obligatoirement** traiter le sujet qui correspond à la langue vivante étrangère choisie irréversiblement au moment de son inscription et l'indiquer sur sa copie.

ALLEMAND

I. Version

Traduire en français le texte ci-dessous

Etienne geht in die 10. Klasse einer Gesamtschule in Halle. Er hat schon zweimal Post von der Bundeswehr bekommen. Von seiner Familie kennt er Geschichten aus der Zeit, als es die Wehrpflicht noch gab. Für ihn kommt ein Dienst an der Waffe nicht in Frage: "Das ist nichts für mich, wofür ich mein Leben lassen würde", betont er.

Auch Denis kann sich nicht vorstellen, freiwillig zum Militär zu gehen. Er hat bereits ein Praktikum in der Pflege gemacht und möchte in den nächsten Jahren im Medizinbereich eine Ausbildung machen. Denis erklärt: "Wenn es eine Pflicht gibt, wünsche ich mir wenigstens, dass ich ein Mitspracherecht habe, wo ich arbeite, ob an der Front oder in der Medizin."

So wie Etienne und Denis, geht es vielen jungen Menschen: Umfragen zeigen, dass sie beim Thema Wehrpflicht anders denken als die ältere Generation. In einer Studie gab der überwiegende Teil der befragten 12- bis 18-Jährigen an, selbst wählen zu wollen, welchen Dienst sie für die Gemeinschaft leisten. Knapp die Hälfte findet, der Dienst müsse nicht zwingend bei der Bundeswehr geleistet werden. (...)

Der 17-Jährige Cosmin schätzt die Vorteile, die eine Ausbildung beim Militär mit sich bringt, zum Beispiel dort den Führerschein machen zu können. Er sieht den Wehrdienst pragmatisch: "Ich finde, es ist besser, es jetzt zu machen und jetzt schon ausgebildet zu sein dafür, als wenn man später erst ausgebildet wird und dann vielleicht mit nicht so viel Erfahrung und nicht so viel Training in den Krieg ziehen muss."

Nach Chiara Swenson, mdr.de, 19.09.2025- (Was sagt die Jugend in Sachsen-Anhalt zum Wehrpflichtgesetz ?)

II. Thème

Traduire en allemand le texte ci-dessous

Margot Friedländer, rescapée de la Shoah¹ et l'une des témoins les plus éminents en Allemagne des horreurs du nazisme, est morte vendredi 9 mai à 103 ans dans sa ville de Berlin, a annoncé sa fondation². « Avec sa mort, l'Allemagne perd une voix importante de l'histoire contemporaine », a estimé la fondation.

« Depuis son retour dans sa ville natale, après six décennies d'exil à New York, cette citoyenne d'honneur de Berlin s'était engagée sans relâche en faveur de la réconciliation et de la mémoire³ », a-t-elle ajouté.

Margot Friedländer aurait dû recevoir ce vendredi l'une des plus hautes décorations⁴ allemandes des mains du chef de l'Etat, Frank-Walter Steinmeier, mais la cérémonie avait été annulée⁵ au dernier moment en raison de sa santé.

« La nouvelle du décès de Margot Friedländer m'emplit d'une profonde tristesse », a déclaré ce dernier.

« Elle a offert la réconciliation à notre pays, malgré tout ce que les Allemands lui ont fait subir⁶ lorsqu'elle était jeune ».

Elle avait consacré sa vie à aller à la rencontre des jeunes pour raconter son histoire et prôner l'empathie comme antidote⁷ contre la haine. « Ne regardez pas ce qui vous sépare. Regardez ce qui vous unit. Soyez humains », avait-elle encore répété l'an passé.

https://www.lemonde.fr/disparitions/article/2025/05/09/margot-friedlander-rescapee-de-la-shoah-est-morte-a-l-age-de-103-ans_6604450_3382.html

¹ Der/die Überlebende der Shoah

² La fondation = die Stiftung

³ La mémoire (ici) = das Gedenken

⁴ La décoration = die Auszeichnung

⁵ Annuler une cérémonie = eine Zeremonie ab-sagen

⁶ Faire subir qch à quelqu'un = jemandem etwas (acc) an-tun

⁷ L'antidote = das Antidot, das Gegenmittel

III. Expression écrite

Jugendliche und die Wehrpflicht⁸: Heute Fußball, morgen Bundeswehr?

Thees und Carl sind 2007 und 2008 geboren - genau die Jahrgänge⁹, über die in Berlin gerade heiß diskutiert wird. Wie viel kann das Land ihnen zumuten? Reichen Werbung und Fragebögen aus, um mehr aus ihren Reihen für den neuen freiwilligen Wehrdienst zu begeistern, der ab 1. Januar 2026 eingeführt werden soll?

"Ich finde es wichtig, heutzutage wieder etwas für die Gemeinschaft in Deutschland zu machen", sagt Carl Hattwich. "Deswegen könnte ich mir vorstellen, zur Bundeswehr zu gehen." Er plant konkret, die freiwillige Musterung zu machen, bevor er zu "Work and Travel" aufbricht. Etwas fürs Land zu machen, interessiere ihn, auch im Politikunterricht hätten sie darüber gesprochen. "Es gibt nicht so viele Menschen, die sich engagieren und es sind ja nur sechs Monate. Ich finde in dieser Zeit kann man sich mal für das Land engagieren."

Thees kann sich einen freiwilligen Wehrdienst hingegen nicht vorstellen. Nach dem Abi will er ins Ausland und reisen. Danach vielleicht zur Polizei. "Wenn ich mich jetzt freiwillig melde und es würde Krieg in Deutschland ausbrechen, dann muss ich natürlich auch in den Krieg", sagt Thees. "Und das finde ich beängstigend."

Die Bundeswehr braucht nach Einschätzung des Bundesverteidigungsministeriums angesichts der Bedrohungslage durch Russland viel mehr Soldaten. Aktuell sind es 183.000, bis 2035 strebt Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) eine Stärke von 260.000 Soldatinnen und Soldaten an. Um das zu erreichen, soll ein neuer Wehrdienst beschlossen werden, der weitgehend auf Freiwilligkeit setzt.

Nach den Plänen von Pistorius sollen Männer und Frauen zum 18. Geburtstag künftig einen Fragebogen erhalten, in dem sie beantworten sollen, ob sie bereit für den Dienst in der Bundeswehr sind. Junge Männer müssen ihn beantworten, für Frauen ist die Beantwortung freiwillig, so der Plan. Wer sich bereit erklärt, kann rekrutiert werden.

Strittig ist in der Regierungskoalition, wie für den Fall vorgesorgt wird, dass¹⁰ nicht genügend Freiwillige für die Bundeswehr gewonnen werden können. Während die Union eine Rückkehr der Wehrpflicht anstrebt, lehnt die SPD diese ab.

Gleichwohl ist schon in dem jetzigen Gesetzentwurf vorgesehen, dass es ab 1. Juli 2027 wieder eine verpflichtende Musterung - also eine ärztliche Untersuchung zur Wehrdiensttauglichkeit¹¹ - für alle Männer ab Jahrgang 2008 gibt. (...)

Sabine Borstelmann, die Mutter von Thees, hält eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aufgrund der politischen Situation für effektiv¹². "Als Mutter möchte ich natürlich nicht, dass er im schlimmsten Fall dann auch in den Krieg ziehen müsste", sagt sie. "Das ist mein Kind. Das gibt man nicht weg. Aber ich glaube, es macht schon Sinn, dass die Kinder sich damit auseinandersetzen."

Freiwillig würde er keinen Wehrdienst machen, sagt Laurent Otten, ein Mannschaftskollege von Thees und Carl. Aber: "Freiheit ist nicht selbstverständlich, daher verstehe ich schon, warum man das Thema in den Vordergrund rückt", so Laurent.

Laurents Vater Christoph Otten meint, für die Jungs sei das Thema Neuland. "Sie müssen sich da auch erst mal dran gewöhnen und verstehen, was das überhaupt heißt: Wehrpflicht", sagt Otten. "Vielleicht muss er auch lernen, dass Demokratie kein Selbstläufer¹³ ist. Dass man da auch was dafür tun muss." Sei es, dass man sich ehrenamtlich einbringt oder eben bei der Bundeswehr; Demokratie müsse verteidigt werden. "Wir haben jahrzehntelang hier in Freiheit gelebt. Und jetzt merkt man, wie in anderen Ländern der Wind auch mal von der anderen Seite wehen kann und einfach Länder überfallen werden." Die Länder müssten sich wehren."

⁸ Die Wehrpflicht = le service militaire obligatoire.

⁹ Der Jahrgang (ici) = la classe d'âge

¹⁰ wie für den Fall vorgesorgt wird, dass... : comment on anticipe le cas de figure où ...

¹¹ Die Wehrdiensttauglichkeit = l'aptitude au service militaire

¹² Effektiv = efficace

¹³ Der Selbstläufer = etwas Selbstverständliches : quelque chose d'évident

Laut einer forsa-Umfrage vom Juni dieses Jahres sind 59 Prozent der Deutschen für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, 37 Prozent sprechen sich dagegen aus. Jedoch ergibt sich ein deutlich differenzierteres Bild, wenn man es sich genauer ansieht: Während 66 Prozent der Über-60-Jährigen für die Wehrpflicht sind und nur 30 Prozent dieser Altersgruppe dagegen, ist es bei den 18- bis 29-Jährigen genau andersherum: In der Altersgruppe, die direkt persönlich von dieser einschneidenden politischen Veränderung betroffen wäre, sind nur 29 Prozent der Befragten für die Wehrpflicht - und 61 Prozent dagegen. (...)

Allerdings sprechen sich nur 18 Prozent dafür aus, dass ausschließlich Männer dazu verpflichtet werden sollten, der Bundeswehr zu dienen. Der deutlich größere Anteil von 44 Prozent bevorzugt eine Wehrpflicht unabhängig vom Geschlecht¹⁴.

Carl würde es zunächst bei der Freiwilligkeit zum Wehrdienst belassen¹⁵. "Ich denke, dass eine Pflicht immer ein Eingriff in der Demokratie ist." Wenn sich nicht genügend Rekruten freiwillig melden, könne immer noch eine Wehrpflicht wiedereingeführt werden.

Thees Borstelmann pflichtet dem bei: "Ich denke, dass so eine Wehrpflicht dann vielleicht notwendig ist, wenn es darum geht, Deutschland zu verteidigen." Würde der Wehrdienst wieder zur Pflicht, würde er sich auch nicht dagegenstellen. "Wenn jetzt ein Krieg ausbrechen würde, dass ich darauf auch vorbereitet bin. Auch wenn ich jetzt nicht vorne mitkämpfen muss", sagt Thees.

Nach Johanna Hausmann und Daniel Sprenger, *ndr.de*, 16.10.2025

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/jugendliche-und-die-wehrpflicht-heute-fussball-morgen-front,wehrpflicht-164.html>

Répondre en allemand aux 2 questions suivantes (250 mots par question, + ou – 10%) :

1) Welche Argumente werden im Artikel – sowohl von der Regierung als auch von den Bürgern - vorgebracht, um die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zu begründen?

2) „Freiheit ist nicht selbstverständlich“, sagt Laurent Otten. Inwieweit wären Sie bereit, den Militärdienst zu machen oder sich in die Armee zu engagieren, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen?

-- Fin du sujet d'allemand --

¹⁴ Das Geschlecht = le sexe

¹⁵ En rester / s'en tenir au système du volontariat

ANGLAIS

I. Version

Traduire en français le texte ci-dessous

From 10 December, under-16s in Australia will be banned from using major social media services [...]. They will not be able to set up new accounts, and existing profiles must be deactivated. The ban - the first of its kind - is being watched closely by other countries. [...]

The government says it will reduce the negative impact of social media's "design features that encourage [young people] to spend more time on screens, while also serving up content that can harm their health and wellbeing". A study it commissioned earlier in 2025 found that 96% of children aged 10-15 used social media, and that seven out of 10 of them had been exposed to harmful content. [...]

Children and parents will not be punished for infringing the ban. Instead, social media companies face fines of up to A\$49.5m (US\$32m, £25m) for serious or repeated breaches. The government says firms must take "reasonable steps" to keep kids off their platforms, and should use multiple age assurance technologies. These could include government IDs, face or voice recognition, or so-called "age inference", which analyses online behaviour and interactions to estimate a person's age. [...]

Social media companies were aghast when the ban was announced in November 2024. Firms argued it would be difficult to implement, easy to circumvent and time consuming for users, and would pose risks to their privacy. Companies also suggested it might drive children into dark corners of the internet and deprive young people of social contact. [...]

LIVINGSTONE, Helen, "Australia is banning social media for kids under 16. How will it work?",
BBC, 03/12/2025.

II. Thème

Traduire en anglais le texte ci-dessous

Face au dynamisme industriel américain et chinois, l'Europe, tête pensante de l'innovation, peine à industrialiser celle-ci. Dès 2028, un nouveau programme-cadre européen, FP10, sera mis en place pour mieux financer et booster l'innovation en Europe. Mais il est urgent d'agir dès maintenant, en privilégiant les notions de souveraineté, en facilitant les processus administratifs de soutien et en renforçant l'écosystème de financement.

Parmi les 2000 plus gros investisseurs financiers mondiaux en R&D, seulement 322 entreprises sont basées en Europe [...] contre 681 aux États-Unis [...] et 524 en Chine [...]. Ces chiffres illustrent bien le retard persistant de l'Europe dans le financement de l'innovation. Globalement, en matière de technologies innovantes, le continent reste dépendant du reste du monde. [...]

Avec un marché intérieur morcelé de 27 États et des réglementations nationales disparates, l'Europe souffre de fragmentation. De plus, son écosystème de startups est fragile : il n'est à l'origine que d'une faible part de licornes tech, et celles-ci sont souvent fragilisées avant de pouvoir atteindre une taille critique, insuffisamment soutenue par un capital-risque européen qui représente à peine 5% du total mondial contre 52% pour les États-Unis [...].

La stratégie chinoise [...] est bien plus claire. Via son programme Made in China 2025, Pékin a ciblé des secteurs clés comme les véhicules électriques, le quantique, les semi-conducteurs ou les drones. Pour ce faire, elle a mobilisé de vastes ressources publiques pour bâtir des champions nationaux. [...]

LECLERT, Caroline, « L'Europe est-elle toujours dans la course en matière d'innovation ? »,
Forbes, 20/09/2025.

III. Expression écrite

How the U.S. Focus on Fentanyl Helped Fuel the Cocaine Trade's Resurgence

Across Latin America, cocaine trafficking has surged as Washington has prioritized combating fentanyl. *Times* reporters traveled to Ecuador to see how criminal groups are wreaking havoc.

Across Latin America, the resurgence of cocaine is wreaking havoc, terrorizing and killing civilians as cartels battle one another and the authorities to produce the drug and smuggle it to the United States, Europe and beyond.

Almost nowhere has been affected by this more than Ecuador, now the world's largest exporter of cocaine. Once a hub of stability, Ecuador does not produce cocaine — instead it serves as a trafficking route for criminal groups operating in Colombia and Peru.

In 2022 and 2023, Ecuador nearly fell to an international consortium of drug traffickers: an alliance of Mexican cartels, Colombian guerrilla groups, European mafias and local gangs. In that war, Ecuador found itself alone, while the United States mobilized to scale up assistance and save its ally.

Officials and analysts attribute this in large part because the United States had prioritized combating fentanyl over other drugs in recent years. The thinking, according to officials, was that cocaine deaths were negligible compared with overdoses from opioids, and what limited resources there were needed to be directed to confronting those drugs.

New York Times reporters traveled across Ecuador this year and embedded with the country's navy to see how this transnational drug alliance has affected the nation.

The U.S.'s shift in focus has helped cocaine traffickers thrive.

Since President Trump took office in 2017 and through the Biden administration, the United States focused on battling fentanyl, leaving room for the resurgence of cocaine traffickers, particularly in Ecuador.

As a result, Ecuador faced an imminent takeover by criminal groups, prompting the United States to increase military assistance for the country. Despite this aid, Ecuador's government is still struggling to maintain control, leading to an increase in violence and insecurity not seen just a few years ago.

Car bombs terrorize civilians, and gangs frequently clash with military troops. Officials describe a criminal culture so powerful that schoolchildren aspire to join gangs.

The Trump administration has started an aggressive military campaign in the region, targeting boats it says are smuggling drugs, but it's uncertain whether these actions will have a significant effect on the growing cocaine trade. It's also unclear whether that is Washington's goal; instead, some administration officials have said the military buildup is actually aimed at driving Venezuela's autocratic leader from power.

Criminal alliances have made Ecuador a 'cocaine superhighway.'

Ecuador was historically viewed as a hub of stability in comparison to its neighbors. In 2009, it distanced itself from the United States by closing a U.S. military base. Consequently, the American Embassy shut down its military office and primary State Department drug-fighting efforts in the country.

During Mr. Trump's first presidency, Mexican cartels surged in power in the country as they began collaborating with Colombian groups and local gangs to traffic cocaine to Europe and the United States. These partnerships have also led to alliances with European mafias, according to officials.

Such alliances have transformed Ecuador into what American officials called a "cocaine superhighway," with as much as 70 percent of the world's supply flowing through the nation.

"Cocaine came to be seen by many as 'bad, but not going-to-kill-you bad,'" said Mike Fitzpatrick, the ambassador to Ecuador from 2019 to 2024. He said it is regarded by some as "one step up from marijuana," in Washington, making it less of a priority.

But in Ecuador and other countries in Latin America, the drug has again become the main driver of terror and violence, killing and maiming civilians as it has made its way to buyers mostly in the United States and Europe.

Criminal groups seem to have endless weapons and funds.

The Ecuadorean Navy is heavily involved in combating the country's role as a cocaine export hub, but it faces significant hurdles because it is being outmatched by criminal groups, according to officials.

Despite increased security spending, navy officials say that the criminal groups have vast resources and weapons, complicating government efforts. Young men driven by poverty are also easy gang recruits, while military training takes years. Corruption is widespread, and leaks have foiled past missions.

"This is an existential war," said Giovanni Davoli, the Italian ambassador to Ecuador, who compared the fight to Italy's struggle against mafias. "Ecuador is not a narco state, but it needs help."

ABI-HABIB, Maria, *The New York Times*, 05/12/2025.

Répondre en anglais aux 2 questions suivantes (250 mots par question, + ou – 10%) :

1. In what context has drug trafficking expanded in Latin America?
2. Does prioritizing public health over law enforcement lead to more effective drug policies?

-- Fin du sujet d'anglais --

ESPAGNOL

I. Version

Traduire en français le texte ci-dessous

Piense en esta situación : le apetece comprar mayonesa para dar sabor a sus platos, pero su médico le ha dicho que no debe pasarse con el azúcar. En el supermercado, ve distintas marcas que tratan de cautivarle con bonitos envases y colores y duda de su elección. Consulta los etiquetados nutricionales, pero le cuesta entender la información y no sabe determinar cuál será la mejor para controlar sus niveles de glucosa. La situación se repite cada vez que toca seleccionar un producto, por lo que al final opta por lo de siempre y aunque se arriesgue a un nuevo tirón de orejas de su galeno: usted no es consciente de la cantidad de azúcares que llevan estos alimentos cuando son producidos de forma industrial.

El empresario sevillano Fernando Vázquez, que había hecho toda su carrera entre la restauración y la hostelería, se dio cuenta en 2015 de la urgencia de apostar por « el consumo consciente ». « Cada vez tenemos menos tiempo para dedicarle a la compra, pero, a su vez, tenemos que tomar decisiones más importantes », piensa. Dando vueltas a esta premisa se le ocurrió crear una herramienta para acceder de forma rápida y directa a la información de cada producto : la startup Naturcode.

La empresa, que se trasladó a Jabugo (Huelva) para estar más cerca de los productores, ha creado un sistema de etiquetado inteligente que arroja más luz sobre los productos que se quieren adquirir en el supermercado.

Daniel Domínguez, « Descubrir lo que las etiquetas de los alimentos no muestran »,

El País, 16 de julio de 2025.

II. Thème

Traduire en espagnol le texte ci-dessous

Dans une tribune au « Monde », la spécialiste [Charlotte Moge] de l'antimafia et des mafias italiennes souligne la nécessité à faire de la lutte contre le narcotrafic un combat collectif, et encourage la société française à s'inspirer de l'engagement des citoyens italiens dans les mouvements antimafia.

L'assassinat du jeune Mehdi Kessaci est effroyable, et la détermination de son frère Amine à ne pas se taire force l'admiration. La société dans son ensemble se doit de prendre conscience de la gravité du problème et d'être à ses côtés. Parce que la violence du narcotrafic n'est que la pointe émergée de l'iceberg, nous sommes toutes et tous concernés. Les trafiquants exploitent la misère sociale des quartiers abandonnés et l'égarement de jeunes qui se sentent marginalisés et auxquels ils font miroiter une ascension inespérée. Ils prospèrent sur la dépendance des consommateurs, qui ne se limitent pas aux « bourgeois des centres-villes », comme l'a suggéré le président, Emmanuel Macron, et sur l'incompréhension d'une grande partie de la classe politique. La surenchère permanente du tout-répressif est symptomatique de l'incapacité à s'attaquer aux causes multiples, notamment d'ordre social, de ce problème systémique et à ses conséquences sanitaires et économiques.

« Les narcotrafiquants surfent sur l'imaginaire mafieux pour se construire une réputation criminelle prestigieuse »

(tribune), *Le Monde*, 22 novembre 2025.

III. Expression écrite

No son infrecuentes los incidentes lingüísticos en nuestra vida política: recordemos la reciente reforma del Reglamento del Congreso que admite la intervención de los diputados en sus respectivas lenguas propias, que fue muy contestada, o todavía más recientemente el anuncio por parte del *president* Salvador Illa de impugnar la decisión del Tribunal Superior de Cataluña sobre la anulación de diversos aspectos de la normativa de la Generalitat respecto de la ordenación lingüística en la escuela, en relación especialmente con el uso del castellano en la misma. Desde luego, no puede ignorarse que la cuestión lingüística puede ser un ariete en la superación del Estado autonómico que algunos proponen, y entonces de lo que se trata es de denunciar especialmente la ineptitud del modelo para abordar satisfactoriamente el pluralismo lingüístico español. Mi intención aquí es justamente mostrar lo equivocado de esta tesis y defender nuestro sistema partiendo, como es lógico, de la propia ordenación constitucional, completada por el Tribunal Constitucional y un adecuado tratamiento académico.

Lo primero que destaca en el sistema lingüístico español, cuyo núcleo es la protección de la cooficialidad en las comunidades bilingües, esto es, con idioma propio, es el significado identitario de la lengua, ligado al reconocimiento del pluralismo. Las lenguas no son simplemente un instrumento de comunicación, sino de expresión y de afirmación. Accedemos a la vida espiritual o cultural a través de la lengua que poseemos y que compartimos con la comunidad en que nos integramos. El lenguaje, como vio Gadamer, nos precede y en su forma concreta nos ofrece una acepción del mundo característica. Ahora bien, esa trascendencia identitaria de la lengua corresponde tanto al castellano como a la lengua privativa y toca defender tanto a las autoridades estatales como autonómicas. El lingüista vasco Koldo Mitxelena lo expresó perfectamente cuando dejó escrito « Gaztelania ere hemengoa da » (« El castellano también es de aquí »). Lo que quería decir Mitxelena es que el castellano, en Euskadi, no sólo no es idioma de fuera o impropio, sino que tenía las mismas posibilidades identitarias respecto del país o el pueblo vasco que el euskera.

A mi juicio, el prisma más adecuado para entender la cooficialidad, como núcleo del sistema lingüístico, es el de la garantía institucional que protege a una institución o figura del orden político frente a su supresión o desfiguración, y que el Constitucional habría utilizado, según el patrón establecido en un famoso fallo sobre las diputaciones catalanas, en las sentencias 31/2010 y 85/2023, referentes respectivamente al tratamiento de las lenguas en el Estatuto catalán de 2006 y alguna cuestión de inconstitucionalidad sobre la pretensión de uso exclusivo del euskera en determinados ayuntamientos vascos.

Así, la cooficialidad correctamente entendida da pie a una política lingüística autonómica que recupere la posición de la lengua propia en el sector público o la vida social y que la haga el centro del sistema lingüístico. Dicho idioma puede ser objeto de políticas de recuperación que compensen sus desventajas deducibles de un descuido y postergación durante siglos quizás, si no persecución en algunos periodos, como ocurrió durante el franquismo, y de desconsideración durante otras épocas. Es perfectamente posible que la lengua originaria sea lengua vehicular para los poderes públicos correspondientes, lo cual no impide que el castellano tenga asimismo ese carácter. « El catalán debe ser, por tanto, lengua vehicular y de aprendizaje en la enseñanza, pero no la única que goce de tal condición, predicable con igual título del castellano en tanto que lengua asimismo oficial en Cataluña ».

Pero lo más significativo quizás es reparar en los efectos impositivos de la protección constitucional de la cooficialidad, y que obstruyen la superación del bilingüismo. En este sentido, la garantía institucional tiene un efecto consolidatorio evidente. El constituyente considera favorablemente la situación de bilingüismo a la que precisamente sirve la cooficialidad. En efecto, el propósito de una política lingüística no puede ser superar la situación de bilingüismo (sí el reequilibrarlo en favor de la lengua propia) ni apuntar a un modelo de territorialización que reduzca en los territorios correspondientes el papel del castellano a la condición de lengua franca entre administraciones, garantizando su empleo en la comunidad autónoma en las relaciones singularizadas, pero no en la actuación externa o interna de la Administración autonómica. El bilingüismo, en suma, debe ser equilibrado, perfecto, « de igualdad insuperable », ha dicho el tribunal: ninguna lengua oficial puede ser preterida o postergada. Tampoco parece respetuoso con la garantía constitucional de la cooficialidad el nulo empleo de alguna de las lenguas en el funcionamiento normal de las instituciones autonómicas o su marginación en las declaraciones públicas (no en el sentido necesariamente de oficiales) de sus autoridades u órganos.

A la vista de lo dicho, deberíamos plantearnos si, aun con los riesgos que apuntábamos al principio, por si la perspectiva adoptada fuese más confederal que propiamente de desarrollo constitucional, algunos planteamientos actuales recientes ponen en cuestión la situación convencionalmente admitida de nuestro sistema lingüístico, de monolingüismo en el Estado y bilingüismo en las comunidades autónomas con idioma propio, sin demérito de que órganos y autoridades estatales tengan una actitud deferente con los idiomas cooficiales autonómicos, pero sin olvidar que es en la esfera autonómica donde se desarrolla propiamente la cooficialidad.

Juan José Solozábal, « Hablando de lenguas », *El País*, 3 de octubre de 2025.

Répondre en espagnol aux 2 questions suivantes (250 mots par question, + ou – 10%) :

- 1) ¿Cómo se presenta la importancia del tema de las lenguas en España ?
- 2) ¿En qué medida le parece que la cooficialidad de las lenguas en España puede representar un desafío político ?

-- Fin du sujet d'espagnol --

ITALIEN

I. Version

Traduire en français le texte ci-dessous (y compris le titre)

Gli italiani sono gli europei meno motivati ad avere figli

La parola *denatalità* viene dal francese : eppure la Francia, a differenza dell'Italia, continua a mantenere salda la sua fiducia nel futuro, che manifesta attraverso la scelta più emblematica, quella della genitorialità. Lo dice un sondaggio realizzato per « Il Sole 24 Ore » fra giovani italiani, francesi, tedeschi, inglesi e spagnoli di età compresa tra 18 e 35 anni rispetto al bisogno/desiderio di avere dei figli.

La comparazione mostra orientamenti diversi, tuttavia un dato è netto : a essere a corto di fiducia e a non intravedere più una prospettiva di crescita siamo soprattutto noi italiani.

La questione non è nuova in assoluto, basti ricordare quanto scriveva Massimo Livi Bacci in un saggio («Il futuro degli italiani. Declino o transizione demografica ?») del 2021 : «La denatalità è un fenomeno che colpisce l'Italia da decenni e rappresenta una delle principali sfide per il futuro del Paese. La mancanza di figli non è solo un problema economico, ma anche un problema di identità e di futuro».

Ciò che però rende oggi la situazione italiana più preoccupante è che di fronte a un'ansia comune, i giovani italiani a differenza degli altri europei non vedono soluzione e tanto basta a farli arretrare rispetto alla possibilità di avere figli.

Ciò accade a differenza di inglesi, spagnoli e, in particolare, dei francesi, che sono sì preoccupati, ma non al punto da non vedere una soluzione.

Tra quanti rinunciano alla genitorialità, è soprattutto l'insicurezza economica a pesare nella scelta di non avere figli.

Texte tiré et adapté de Valentina Melis et Serena Uccello,
« Italiani disillusi d'Europa, smettono di credere nel futuro e nella genitorialità »
Il Sole 24 Ore, 8/12/2025

II. Thème

Traduire en italien le texte ci-dessous (y compris le titre)

En Italie, les communes de montagne commencent enfin à se repeupler

“Toujours plus d'Italiens délaissent les grandes villes pour redécouvrir la vie en montagne”, relève le quotidien romain « Il Messaggero ». Entre 2019 et 2023, le nombre de résidents des communes italiennes “de montagne” a augmenté de 100 000 personnes.

Cette classification peut s'appliquer aux communes situées à partir de 400 mètres avec une population inférieure à 20 000 habitants.

L'Italie, encerclée par les Alpes au nord et traversée de bout en bout par les Apennins, est un pays extrêmement montagneux : elle compte donc des milliers de communes entrant dans cette catégorie. Comment expliquer leur retour en vogue ?

D'un côté, « Il Messaggero » souligne “le coût de la vie trop élevé dans les grandes villes”, et, de l'autre, il met en avant des communes de montagne “devenues plus attrayantes grâce aux investissements du plan de relance européen et aux projets de développement durables ” financés en Italie.

Néanmoins, cette tendance ne s'observe pas partout en Italie. Dans le Sud, les montagnes (et collines) de l'intérieur perdent des habitants.

Des migrants de l'intérieur qui fuient vers les grandes agglomérations voisines, mais aussi, bien souvent, vers les métropoles plus prospères du Nord.

Texte tiré et adapté de « En Italie, les communes de montagne commencent enfin à se repeupler »,
de Beniamino Morante- *Courrier international*, 24 /06/ 2025

III. Expression écrite

Niente soldi per la scuola pubblica

La spesa pro capite per studente è crollata di 12 punti dal 2000 a oggi. Con l'eccezione degli istituti privati, che in dieci anni hanno visto triplicare i fondi a loro destinati. Lo dimostrano gli ultimi dati di Bilancio.

Quest'anno come lo scorso e, si presume, come gli altri a venire, il diagramma cartesiano che indica la spesa per la scuola rispetto al totale della spesa pubblica non farà trasecolare la maggioranza né indignare più del giusto l'opposizione e né, soprattutto, stupirà il pubblico, assuefatto: 6,56 per cento nel 2021; 6,74 nel 2022; 6,66 e 6,36 nell'ultimo biennio; 6,2 stimato per il 2025 non ancora concluso.

In vil denaro, considerando il rimbalzo del prodotto interno lordo dopo il tracollo con la pandemia: 55 miliardi di euro nel 2022, 56,9 miliardi nel 2023, 55,7 miliardi di euro nel 2024. Se non è un taglio, è uno stagno: fermo. Due obiezioni possono essere sollevate dalla maggioranza: sì, però va preso in considerazione il calo demografico, i bambini non nascono, interi istituti scolastici di provincia, desertificati, chiudono.

La popolazione scolastica (3-19 anni) si è asciugata di oltre mezzo milione di bambini e ragazzi in un decennio. Adesso la decrescita è inesorabile e assai veloce: 7,194 milioni con 364.069 classi a settembre 2023, 7,073 milioni con 362.115 classi a settembre 2024, previsti 6,9 milioni alla prossima riapertura. Riscontrato un fenomeno nazionale ormai consolidato nel tempo, cioè il calo demografico (premesso che la popolazione residente è aggrappata ai 58,9 milioni con oscillazioni contenute grazie ai migranti), è compito dei governi porre rimedio. La scuola è indubbiamente un fattore che incide sulle scelte delle coppie italiane e dunque sul calo demografico. Un esempio, che va oltre la popolazione scolastica nella definizione classica: la carenza di asili nidi. In Italia soltanto un bambino su tre ha l'opportunità di accedere a una struttura pubblica, vuol dire che soltanto una famiglia su tre ha l'opportunità di usufruire di un servizio pubblico senza rinunciare a carriere e risparmi oppure senza attingere al principale "welfare italiano": i nonni.

La seconda obiezione che discende dalla prima: sì, però da sempre i governi non elargiscono risorse aggiuntive alla scuola e lo fanno in particolare per il calo demografico. Non è proprio vero. Se l'assunto è «meno soldi alla scuola perché ci sono meno studenti», e lo si ripete ovunque, l'assunto è scorretto. Per due motivi. Uno: la situazione generale delle scuole non è talmente eccellente da consentire risparmi mirati. Due: l'Italia è fra le peggiori in Europa e fra le nazioni avanzate del mondo.

La spesa per studente in rapporto alla spesa pubblica totale pro capite, secondo i calcoli dell'Osservatorio sui conti pubblici dell'Università Cattolica diretto da Carlo Cottarelli, è passata dal 49 per cento nel 2000 al 37 nel 2023.

In questa classifica di spesa per studente in rapporto alla spesa pubblica totale pro capite, l'Italia è fra le ultime in Europa, preceduta dalla Francia, e soprattutto da Regno Unito, Germania e Spagna, che sono sopra il 45 per cento della spesa. L'Italia già cinque anni fa era lontana da questo livello di benessere.

Persino la spesa per il ministero dell'Università e della Ricerca è stagnante, se non tagliata con ribassi di qualche decimale, nonostante la popolazione universitaria sia in discreto aumento e superiore ai 2 milioni di iscritti.

La sintesi dell'Osservatorio è parecchio efficace: «Il confronto è impietoso per l'istruzione terziaria: l'Italia non solo è ultima tra gli Stati membri dell'Unione Europea e dell'Organizzazione per la cooperazione e lo sviluppo economico (Ocse), ma è anche molto distante dagli altri. Nel 2021 spendevamo per ogni studente il 16 per cento del nostro reddito pro capite, contro il 30 della Germania, il 26 della Francia e il 24 della Spagna. In Danimarca, dove l'università è gratuita, la spesa per studente era il 32 per cento del reddito pro capite, il doppio che in Italia».

Per i circa 7 milioni di studenti (3-19 anni), denunciano i sindacati, a settembre spariranno 2.174 bidelli e segretari e 5.660 insegnanti come da legge di Bilancio; nel frattempo il medesimo governo sta cercando di completare l'immissione in ruolo di 70.000 precari entro il 2026 con il denaro del Piano nazionale di ripresa e resilienza (Pnrr). Quest'anno come da tradizione, diverse classi avranno il corpo docente mutilato per diverse settimane imponendo orari (e apprendimenti) ridotti.

L'87,4 per cento dei circa 55,5 miliardi utilizzati nel 2024 è servito per gli stipendi del personale scolastico e le altre voci sono sostanzialmente fossilizzate. Con una eccezione. La spesa per le "istituzioni scolastiche non statali", le scuole private, ha impegnato 714 milioni di euro; erano 620 milioni due anni fa, 286 milioni dodici anni fa.

Con la scusa della "denatalità", il calo demografico, alle politiche per l'istruzione (statale) si possono togliere fondi senza suscitare proteste, anzi è sufficiente rintuzzare con una fatidica domanda, tipica di un periodo di guerre, violenze, inflazione: a cosa servono più soldi?

Alla vigilia del nuovo anno tra i banchi, gli investimenti statali sull'istruzione restano al palo, relegando l'Italia in fondo alle classifiche. Mentre crescono le armi.

Certo, le minacce sono tante, il nemico è alle porte. Imparare le lingue, no? Magari aiuta.

Texte tiré et adapté de Carlo Tecce, *Inchiesta. Niente scuola, i soldi vanno alla Difesa.*
L'Espresso 3/09/2025

Répondre en italien aux 2 questions suivantes (250 mots par question, + ou – 10%) :

- 1) Qual è la situazione attuale del finanziamento dell'istruzione in Italia e con quali conseguenze per la società italiana?
- 2) L'Italia è fra gli ultimi paesi in Europa per il budget consacrato all'istruzione. Secondo voi quali sono le motivazioni che giustificerebbero un incremento efficace dei finanziamenti per le scuole e le università pubbliche ?

-- Fin du sujet d'italien --